

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 086 846 ppbn d
Telefax: 21 0864

Inhalt

Hans Böhler MdB zur Notwendigkeit vernünftiger Ergänzungen: Die SPD und der Staatsvertrag

Seite 1

Dieter Schanz MdB zum Bonner Umgang mit dem Erfordernis, die tropischen Regenwälder zu erhalten: Bisher nur wohlklingende Lippenbekenntnisse.

Seite 3

Klaus Böhme zum Verhältnis zwischen SPD und Geschichtsinitiativen: Außerhalb der Elfenbeintürme.

Seite 4

Dokumentation:

Der Bürgermeister der Stadt Recklinghausen, Jochen Welt, hat dem frischgewählten DGB-Bundesvorstandsmitglied Ulf Fink vorgeworfen, sich vor den „Karren der Spielautomatenindustrie spannen“ zu lassen. Welt nimmt in einem Brief an den vormaligen Berliner Sozial-Senator damit Stellung zu einem Artikel, der in einem PR-Organ der Spielautomatenbetreiber veröffentlicht wurde. Wortlaut

Seite 6

45. Jahrgang / 99

25. Mai 1990

Die SPD und der Staatsvertrag

Zur Notwendigkeit vernünftiger Ergänzungen

Von Hans Böhler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Die SPD ist die Partei der Deutschen Einheit und nicht der Zwei-staatlichkeit. Unsere Politik der siebziger Jahre war darauf angelegt, die Grenzen durchlässig zu machen, das DDR-Regime zu verändern und als Endziel die deutsche Einheit zu vollenden. Mit dem von uns durchgesetzten KSZE-Prozess wurde der Untergang des bürokratischen Staatssozialismus eingeleitet. Am Ende dieses Weges steht jetzt die Chance, die Einheit Deutschlands bald zu verwirklichen. Der am 18. Mai 1990 in Bonn paraphierte Staatsvertrag bedeutet eine wichtige Etappe auf diesem Weg. Eine Ablehnung des Vertrages oder Verzögerung des parlamentarischen Zustimmungsverfahrens ist nicht das Ziel der SPD. Sie will dafür sorgen, daß der Vertrag verbessert wird. Eine Verweigerungshaltung zum Staatsvertrag wäre der deutschen und internationalen Öffentlichkeit nicht zu vermitteln. Folge einer solchen Ablehnung wäre auch, daß die deutsche Einheit noch teurer wird, denn jeder verlorene Tag verschlimmert die Lage der DDR. Unsere Vorschläge bringen mehr Rechtssicherheit, vermeiden im wirtschaftlichen Bereich unnötige Risiken und machen für die Menschen in beiden deutschen Staaten den Einigungsprozeß mit-erlebbar.

Nur mit der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion kann der Wiederaufbau der DDR in die Wege geleitet werden. Das ist der Kern des Staatsvertrages, das gibt den Menschen in der DDR eine Perspektive. Eine Ablehnung würde innerhalb weniger Tage den Strom von Übersiedlern unkontrolliert anschwellen lassen.

Die SPD in der DDR, ihre in der Regierung vertretenen Mitglieder und ihre Verhandlungsführer bei den Gesprächen mit der Bundesregierung haben in den jetzt vorliegenden Vertragstext wichtige soziale Sicherungsmaßnahmen eingebracht. Die sozialen Regelungen im Vertrag, die durchgesetzt wurden, sind: Sicherung einer Sockelrente, ein gestaffelter Lohnzuschlag, mit der sofortigen

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vervielfältigen
mit wertvollem Rohstoff
Recycling-Papier



Einführung unseres Lohnsteuersystems verbundene Erleichterungen für die Arbeitnehmer und die Übernahme der Sozialplanregelung. Damit dürfte die Unterschreitung der Armutsgrenze auch für die Bezieher niedriger Renten und Löhne vermieden werden.

Im Interesse der sozialen Stabilität bei uns, unserer finanziellen Leistungsfähigkeit, die nicht unbegrenzt ist und in Anbetracht der Sorgen, die in unserer Bevölkerung wegen der Kosten der deutschen Einheit geäußert werden, sage ich: Weitere mit nicht abschätzbaren Kosten verbundene Nachbesserungen des Staatsvertrages sind nicht möglich.

2.

Nicht Ablehnung des Staatsvertrages kann unsere Politik sein, sondern Verbesserungen, die uns die Zustimmung ermöglichen. Diese Verbesserungen müssen zwei Bedingungen genügen: Sie dürfen unsere finanzielle Leistungskraft nicht überfordern und den Einigungsprozeß nicht verlangsamen.

3.

Wir haben konkrete Vorschläge gemacht: Maßnahmen zur Rettung überlebensfähiger Betriebe in der DDR, Wahrung der ökologischen Belange, Klarheit über die Höhe der von der Bundesrepublik zu erbringenden Leistungen und darüber, wie sie finanziert werden sollen. Es geht ferner um den Ausschluß von SED- und Geldern der Staatssicherheit vom Umtausch und um die Verhinderung von Spekulationsgewinnen. Schließlich fordern wir Hilfen für die DDR bei der Umsetzung des neuen Regelwerks. Vorrangig sind Maßnahmen zu fordern, die für eine Übergangsfrist Erzeugnisse der DDR-Produktion den Wettbewerb mit solchen aus der Bundesrepublik erleichtern. Ferner die Einführung moderner Technologien und die Verbesserung der Qualifikation von Arbeitnehmern und Unternehmern. Zur Erleichterung der unmittelbar nach der Einführung der Währungsunion zu erwartenden Übergangsprobleme sollte ein kurzfristiges Aktionsprogramm aufgestellt werden. Zur Finanzierung ist ein Strukturhilfefonds einzurichten. Von der DDR ist die Verpflichtung einzufordern und sicherzustellen, daß Guthaben von Institutionen der Staatssicherheit, der SED sowie vergleichbarer Organisationen vom Geldumtausch ausgeschlossen werden. Zur Verhinderung von Umgehungen ist eine allgemeine Obergrenze zu bestimmen, von der an ein Nachweis über die Herkunft der zum Umtausch angemeldeten Gelder zu führen ist.

Besonders wichtig ist uns, daß die Bundesregierung endlich darlegt, welche Beträge aufgrund des Staatsvertrages aus den öffentlichen Haushalten der Bundesrepublik Deutschland aufgebracht werden müssen. Dabei ist Klarheit darüber zu geben, welche Anteile auf den Bund und welche Beträge auf die Bundesländer fallen sollen.

Diese Punkte sind konstruktiv und nicht auf Verweigerung und Ablehnung gerichtet. Wir setzen uns damit nicht dem Vorwurf aus, die SPD sei gegen die Einheit Deutschlands.

4.

Es bleibt nicht viel Zeit, um ein soziales und wirtschaftliches Desaster in der DDR zu verhindern. Ein Wirtschaftschao mit tausenden zusammenbrechenden Betrieben, mit Massenarbeitslosigkeit, Blockade der Verwaltung und politischer Destabilisierung würde den Einigungsprozeß gefährden.

Die gewaltige Aufgabe der Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft ist nur durch gemeinsames Handeln möglich. Dazu brauchen wir bald ein Gesamtdeutsches Parlament. Die SPD tritt für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem deutschen Bundesstaat zum frühest möglichen verantwortbaren Termin ein. Dem ist nichts hinzuzufügen.

(-/25.5.1990/vo-he/rs)

* * *

Bisher nur wohlklingende Lippenbekenntnisse

Zum Bonner Umgang mit dem Erfordernis, die tropischen Regenwälder zu erhalten

Von Dieter Schanz MdB

Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Bundestages

Am 30. Mai 90 steht „wieder einmal“ das Thema Tropische Regenwälder auf der Tagesordnung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Es ist schon bedauerlich, daß nach langen Debatten, zahllosen Absichtserklärungen und auf EG-Ebene beschlossenen Resolutionen, in der Realität nichts als wohlklingende Lippenbekenntnisse zu vernehmen sind.

Wer sich Umweltschutz und hier insbesondere dem Schutz der Tropischen Regenwälder auf die politische Fahne schreibt, sollte sich auch beim Wort nehmen und politische Taten folgen lassen. So ist es mit aller Schärfe zu verurteilen, daß die Bundesrepublik als Importeur Nr. 1 von tropischen Edelhölzern aus Malaysia gilt, obwohl sie sich gerade hier bereits 1988 auf EG-Ebene auf ein Einfuhrverbot von Tropenhölzern verständigt hat; was nützen Resolutionen, wenn ihre Realisierung ausbleibt?

Eine solche Doppelzüngigkeit ist scharf zu verurteilen. Es kann nicht einerseits der Einschlag von Primärwäldern verdammt werden und andererseits eine lukrative Devisenquelle (die die Entwicklungsländer dringend benötigen) über Importofferten von Edelhölzern angeboten werden. Dies ist ein politischer Skandal, der jeden Versuch, das Problem in den Griff zu bekommen, zum Scheitern verurteilt.

Außerdem geht die Rechnung nicht auf: die erwirtschafteten Devisen aus dem Tropenholzhandel werden zum einen nicht entwicklungspolitisch sinnvoll eingesetzt (was natürlich - würde dies geschehen - eine Abholzung auch nicht rechtfertigen könnte) und zum anderen zieht die Abholzung riesige Kosten nach sich, wie zum Beispiel Wiederaufforstungsprogramme, von den Problemen im Zusammenhang mit der Landverbreitung der angestammten Bevölkerung und den globalen Umwelt- und Klimafolgen ganz zu schweigen!

Aber nicht nur in den Industrieländern und insbesondere in der Bundesrepublik ist mit der Kritik anzusetzen.

Auch die Entwicklungsländer beziehungsweise die dortigen Eliten müssen ihre Haltung in der „Forstwirtschaft“ überprüfen. Es kann nicht angehen, daß zunächst national Profit aus dem Handel mit tropischen Edelhölzern geschlagen wird und dann - ist der Boden unfruchtbar - die internationale Staatengemeinschaft angerufen wird, doch die nötigen Mittel für Wiederaufforstungsprogramme bereitzustellen.

Das soll nicht heißen, daß solche Maßnahmen - ist der Tropische Regenwald bereits vernichtet - nicht dringend und zwingend notwendig sind. Im Gegenteil, aber solch eine Haltung darf nicht gängige Praxis werden. Es gilt vielmehr, die Grundeinstellung zu wandeln und von billigen Lippenbekenntnissen wegzukommen.

Entsprechende Maßnahmen, wie sie im SPD-Antrag aufgeführt sind, gerade auch im entwicklungspolitischen Bereich, sind einzuleiten und müssen einhergehen mit einer auf die Erhaltung der Tropischen Regenwälder abgestimmten Wirtschafts- und Handelspolitik. (-/25.5.1990/vo-he/rs)

* * *

Außerhalb der Elfenbeintürme

Zum Verhältnis zwischen SPD und Geschichtsinitiativen

Von Klaus Böhme

Vorsitzender der Historischen Kommission des SPD-Bezirks Hessen-Süd

Aufarbeitung und Darstellung deutscher Geschichte werden seit gut einem Jahrzehnt vielfältiger und bunter: Außerhalb der wissenschaftlichen Elfenbeintürme und der parteigebundenen Vergangenheitsdeutung hat sich eine Geschichtsbewegung etabliert, deren Interessen zu den vorherrschenden Strömungen der Geschichtsschreibung quer liegen. In Geschichtswerkstätten, Senioren- oder Schülerarbeitskreisen, Pfadfinder- und Ministrantenzirkeln entdecken die verschiedensten Menschen die Wurzeln ihrer individuellen und gesellschaftlichen Existenz. Neue Fragen werden an die Geschichte gestellt, neue Perspektiven entwickelt. Zwischen Umwelt und Frauen, Minderheiten und Nationalsozialismus, Juden und Arbeiter/innen ist kein Thema tabu, werden vielfältige Vermittlungsformen erprobt. Antifaschistische Stadtrundfahrten im Bus, Ökogeschichte per Fahrrad oder Stadtteilgeschichte zu Fuß werden nicht nur in größeren Städten angeboten.

Wer in den letzten Jahren aufmerksam die entsprechenden Seiten im „Sozialdemokrat-Magazin“ und jetzt im „Vorwärts“ gelesen hat, der weiß, daß das neu entstandene historische Bewußtsein an der SPD nicht vorübergegangen ist. Eine Fülle von Chroniken und Darstellungen zu lokalen sozialdemokratischen Organisationen sind seit Jahren erschienen, meist von Mitgliedern der jeweiligen Ortsvereine verfaßt.

Ein Mangel an Geschichtsaufarbeitung kann es wohl nicht sein, was die Frage aufwirft, wie die SPD mit den Geschichtsinitiativen zusammenarbeiten kann.

Zwei Gründe gibt es, über diesen Konnex nachzudenken. Zum einen steht die Geschichte der „SPD“ meist noch unverbunden neben einer „Geschichte“, deren Blickwinkel vielfach weiter und deren Ergebnisse häufig interessanter sind.

Zum anderen ist in den Ortsvereinen und -bezirken immer noch - oder schon wieder (?) - „Geschichtsmüdigkeit“ spürbar, die ihren Ausdruck in einer wohlwollenden Duldbarkeit findet, mit der die Parteimitglieder/innen auf eine Ablenkung von ihren drängenden Alltagsgeschäften reagieren. Die Verschönerung des Busbahnhofes in X, die Sanierung eines denkmalgeschützten baulichen Ensembles in Y brennen unter den Nägeln, nicht nur, wenn Kommunalwahlen ins Haus stehen.

Dahingegen gehören die Aufarbeitung und Vermittlung einer historisch gewachsenen Identität eher an das Ende der Tagesordnung und in entsprechende Expertenzirkel. Während kommunalpolitischer Pragmatismus oftmals überwiegt, verbleibt die überzeugungstiftende Tatsache, daß eine lange - hin und wieder - widersprüchlich gewachsene demokratische Tradition auch heute auf verantwortliches politisches Handeln einwirkt, eher im Unbewußten.

Die Tatsache, daß diese historische Prägung der alltäglichen Parteilarbeit in der Regel unbewußt ihingenommen, anlässlich von Jubiläen jedoch mit Stolz „akzeptiert“ wird, weist auf das Problem hin, daß die Ortsvereine vom Elan der Spurensicherer vor Ort oft überrollt werden. Es sind nicht nur die Aktivitäten, sondern auch die Inhalte, die irritieren: Mit lokaler Partei- und Gewerkschaftsgeschichte kann man ja etwas anfangen, aber in welchem Zusammenhang steht die kommunalpolitische Arbeit etwa in Darmstadt mit der Geschichte der Sinti und Roma, im Rheingau mit der Euthanasie auf dem Eichberg oder in Wiesbaden mit den Traditionen der Frauenbewegungen?

Gerade weil Geschichtsinitiativen und „Parteigeschichte“ zum Teil überlappende, häufiger jedoch abweichende Interessen artikulieren, bleibt eine Zusammenarbeit vor Ort spannend und ein Wagnis. Sich darauf einzulassen, bedeutet eine Stärkung lokaler Kulturarbeit.

Da solche Geschichtsinitiativen meist unter einem notorischen Mangel an technischer und materieller Ausstattung leiden, könnten Ortsvereine und -bezirke gerade hier helfen, ohne vereinnahmend wirken zu wollen.

Die Historische Kommission empfiehlt daher unseren lokalen Untergliederungen

- Ansprechpartner zu sein für örtliche und regional bestehende Geschichtsinitiativen und -werkstätten,
- Zusammenkünfte zu organisieren,
- den Meinungsaustausch zu fördern,
- (gewonnene) Informationen an andere Ortsvereine weiterzugeben,
- die Aktivitäten von Geschichtsinitiativen - zum Beispiel in Form von Ausstellungen/Dokumentationen - zu unterstützen.

Die Investition von Geld in die vorhandene Kompetenz und Infrastruktur lohnt langfristig.

Und - nebenbei gesagt: Mancher Ortsvereinschronik und Jubiläumsschrift täte es gut, wenn kritische Gastautoren aus der Provinz vorhandener Geschichtsarbeitskreise darin zu Wort kommen würden.

(-/25.5.1990/va-ha/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Ulf Fink der Spielautomatenindustrie zu Diensten?

Der Bürgermeister der Stadt Recklinghausen, Jochen Welt, hat dem frischgewählten DGB-Bundesvorstandsmitglied Ulf Fink vorgeworfen, sich vor den „Karren der Spielautomatenindustrie spannen“ zu lassen. Welt nimmt in einem Brief an den vormaligen Berliner Sozial-Senator damit Stellung zu einem Artikel, der in einem PR-Organ der Spielautomatenbetreiber veröffentlicht wurde. Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Fink,

In regelmäßigen Abständen bekomme ich einen Bonner Informationsdienst „Spiel und Freiheit“ auf den Tisch.

Die Ausgabe 4/90 macht mit Ihrem Bild und einem großen Artikel „Ulf Fink: Arbeit, Spiel und Muße gehören zur Natur des Menschen“ auf.

Dagegen und auch gegen den weiteren Inhalt des Artikels, der neben Ihrem beruflichen und politischen Lebenslauf Sie auch mehrmals selbst zitiert, wäre nichts einzuwenden, eine Reaktion von mir überflüssig.

Massiv protestieren gegen diesen Artikel muß ich jedoch, wenn ich ins Impressum schaue. Herausgegeben wird dieser Informationsdienst nämlich von der IMS Informationsgesellschaft MÜNZ-SPIEL GmbH!

Sie lassen sich als CDA-Bundesvorsitzender, ehemaliger CDU-Sozialsenator in Berlin und zukünftiger DGB-Vorständler vor den Karren der Spielautomatenindustrie spannen!

Dagegen protestiere ich entschieden. Als ehemaliger Sozialsenator wissen Sie so gut wie ich als Kommunalpolitiker, welche sozialen Probleme die Spielhallen in unseren Städten verursachen.

Sie wissen, wie ich um die Folgen der Spielsucht gerade bei Jugendlichen und ihrem Umfeld, Sie kennen den Einstieg in die Beschaffungskriminalität, der nur zu oft in Spielhallen erfolgt.

Die Kommunen kämpfen mit allen Mitteln gegen diese Entwicklungen, Sie lassen sich von der Automatenlobby benutzen.

Besonders infam ist der Artikel durch seine moralisierende und sich sozial gebende Art. Da wird immer wieder der „Sozialpolitiker Fink“ bemüht, wird der 8. Jugendbericht der Bundesregierung gewürdigt, werden besonders wichtige Aufgaben der Jugendhilfe beschrieben.

Ich weiß nicht, ob Sie direkt am Zustandekommen dieser bigotten Schmiererei beteiligt waren.

In solchem Falle hätten Sie sich eindeutig als Sozialpolitiker diskreditiert.

Sollte der Artikel Sie überrascht haben, fordere ich Sie auf, sich schnell und entschieden von ihm zu distanzieren, gegebenenfalls eine Gegendarstellung zu verlangen, bei der MÜNZ-SPIEL GmbH energisch zu protestieren und mit Ihren Reaktionen in die Öffentlichkeit zu gehen.

Hochachtungsvoll

gez. Jochen Welt
Bürgermeister (der Stadt Recklinghausen)

(-/25.5.1990/va-he/rs)